



### 3. Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten

Vereinte Nationen, Genf, 19. - 21. Juli 2010

21. Juli 2010

#### Von der Konferenz verabschiedete Deklaration

##### ***Sicherstellung einer globalen demokratischen Rechenschaftspflicht gegenüber dem Gemeinwohl***

(1) Rechenschaftspflicht und Vertretung sind Grundpfeiler von Demokratie. Das Parlament ist die zentrale Einrichtung einer jeden Demokratie, durch die das Volk seinen Willen zum Ausdruck bringt, die Gesetze erlässt und die Regierung kontrolliert. Wir, die Parlamentspräsidenten aus aller Welt, sind am Sitz der Vereinten Nationen in Genf zusammengekommen, um darüber zu sprechen, wie unsere Parlamente dazu beitragen können, in der ganzen Welt demokratische Rechenschaftspflicht gegenüber dem Gemeinwohl sicherzustellen.

(2) Seit unserem letzten Gipfel im Jahr 2005 haben sich in der Welt komplexe und tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Wir leben in einer zunehmend multipolaren Welt, die von fortschreitender wirtschaftlicher Globalisierung verbunden mit radikalen Veränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen sowie im Kräfteverhältnis charakterisiert ist. Ebenso stellen wir eine größere Unterstützung für Multilateralismus und die Förderung von Demokratie in den internationalen Beziehungen fest.

(3) Seit dem Jahr 2005 sind wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung durch eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise behindert worden. Auch wenn es vielleicht den Anschein hat, als gebe es in der Weltwirtschaft heute Anzeichen einer Erholung, bleiben die ökonomischen Grundlagen angesichts bisher nicht bewältigter grundlegender struktureller Probleme weiterhin instabil. In einer Reihe von Staaten haben sich die Haushaltsdefizite infolge von Interventionen im Banken- und Finanzsektor erhöht. Das globale Entwicklungsgefälle wird immer größer. Die Wirtschaftskrise wird durch die mit Klimawandel, Nahrungsmittel- und Energiesicherheit, Menschenhandel, Migration und Gesundheitswesen verbundenen Herausforderungen weiter verschärft, auf die wir noch immer keine Antworten gefunden haben. Immer häufiger kommt es zu verheerenden Naturkatastrophen, und früher nicht gekannte Sicherheitsrisiken wie Terrorismus, Weiterverbreitung von Waffen, Drogenhandel, Piraterie und andere Formen des organisierten Verbrechens haben deutlich zugenommen.

(4) Der Terrorismus, der Frieden, Demokratie und Stabilität bedroht, bleibt auch weiterhin eine der größten Gefahren für die gesamte Menschheit. Wir tragen die wichtige Verantwortung dafür, die von unseren Regierungen unternommenen Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus durch die Umsetzung aller einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen sowie internationalen Übereinkommen und Abkommen zu unterstützen. Wir appellieren an die Staaten, sich solidarisch zu zeigen und durch die möglichst baldige Verabschiedung eines umfassenden Übereinkommens gegen alle Formen des Terrorismus weltweit gemeinsam gegen den Terrorismus anzukämpfen.

(5) Wir sind mehr denn je davon überzeugt, dass wir nur gemeinsam diese und andere globale Herausforderungen erfolgreich meistern und eine bessere Welt für alle Menschen schaffen können. Trotz unterschiedlicher Ansichten zu einzelnen politischen Fragen und politischem Handeln stimmen wir in der Überzeugung überein, dass alle Länder, kleine

wie große, reiche wie arme, bei der Suche nach Lösungen, u. a. auch auf multilateralen Wegen, mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten müssen, die die souveräne Gleichheit aller Staaten garantieren. Wir bekräftigen, dass unsere Parlamente sich voll und ganz für diese Ziele einsetzen.

#### **A. Parlamente und Demokratie**

(6) Unsere Parlamente sind nationale Institutionen, die durch die spezifische Geschichte und das kulturelle Erbe eines jeden Landes geprägt sind. Wir sind stolz auf unsere staatliche Unabhängigkeit und haben das Recht, die Pflicht und den Willen, diese zu verteidigen.

(7) Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass Demokratisierung ein fortlaufender Prozess für alle Parlamente ist und dass es notwendig ist, solide demokratische Praktiken in unseren Parlamenten zu fördern, und zwar unabhängig davon, ob sie erst vor kurzem geschaffen wurden oder bereits seit Jahrhunderten existieren. Wir fühlen uns verpflichtet, uns in diesem Prozess gegenseitig zu unterstützen, wobei die stärkeren Institutionen den schwächeren helfen, bewährte Verfahren zum Wohle aller zunehmend ausgetauscht werden und wir uns zum Nutzen des Gemeinwohls ständig um eine breitere Einbeziehung unserer Bürger in die nationale und globale Regierungsführung bemühen.

(8) Als kollegiales Gremium der Parlamente der Welt stützen wir uns auf die kollektive Erfahrung und Weisheit unserer Mitglieder. Gemeinsam verpflichten wir uns, unsere Parlamente repräsentativer, transparenter, verständlicher, rechenschaftspflichtiger und effektiver zu gestalten, so dass die verschiedenen Schichten der Gesellschaft an Politik teilhaben können. In dem Bewusstsein, dass die Mitgliedschaft in einem Parlament in erster Linie einen Dienst an der Gesellschaft bedeutet, treten wir außerdem dafür ein, dass Parlamente und ihre Mitglieder bestimmten Integritätsstandards entsprechen und im öffentlichen Leben höchste ethische Standards eingehalten werden sowie ein Höchstmaß an Integrität herrscht.

(9) Demokratie stützt sich auf Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte, die wiederum auf dem Grundsatz beruhen, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Wir bekräftigen die Notwendigkeit, Männern und Frauen die gleichen Rechte und Chancen einzuräumen und ihnen dadurch eine echte Partnerschaft auf allen Gebieten zu ermöglichen. Wir versichern, dass wir dazu beitragen wollen, ein von Toleranz geprägtes Klima zu schaffen, Vielfalt und Pluralismus zu bewahren und das Recht auf Andersartigkeit, einschließlich der Rechte von Angehörigen von Minoritäten und indigenen Bevölkerungsgruppen, zu schützen.

(10) Mit Nachdruck erklären wir, dass der Anteil von Frauen im Parlament heute noch nicht zufriedenstellend ist, und verpflichten uns, unsere Anstrengungen nochmals zu verdoppeln, damit bis zum Jahr 2015 das international vereinbarte Ziel eines weltweiten Durchschnitts von 30 Prozent Frauen im Parlament erreicht wird. Wir verpflichten uns, gegen jede Form von Diskriminierung gegen Frauen vorzugehen, die ihrem Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung am öffentlichen Leben im Weg steht.

(11) Wir betonen, wie wichtig es ist, unsere Jugend darin zu bestärken, ihre Energie, ihren Enthusiasmus und ihre Kreativität in den Dienst der Gesellschaft zu stellen und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Nachdrücklich fordern wir unsere Parlamente auf, sich den Bedürfnissen und Hoffnungen der Jugend zuzuwenden und die Mitwirkung junger Menschen am öffentlichen Leben zu fördern.

(12) Wir stellen mit Sorge fest, dass Politik häufig als ein geschlossener Raum verstanden wird, der wenig Platz bietet für abweichende Ansichten und eine Erörterung alternativer Konzepte. Wir werden alles daransetzen sicherzustellen, dass die Rechte aller Parlamentsmitglieder garantiert werden; sie müssen in der Lage sein, sich offen und ohne Angst vor Schikanen oder Bestrafung zu äußern, auch wenn sie einmal nicht die Linie der Partei vertreten. Gleichermaßen engagieren wir uns für größere politische Toleranz zwischen Bürgern und Spitzenpolitikern durch Bildung und Kommunikation.

(13) Die Verteidigung unserer Parlamente schließt auch ein, dass wir es offen verurteilen, wenn Parlamente unter Missachtung der nationalen Verfassung aufgelöst werden oder Parlamentariern zu Unrecht ihr Mandat entzogen wird oder ihre Menschenrechte auf andere Art und Weise verletzt werden. In jüngster Vergangenheit hat es eine Reihe derartiger Vorfälle gegeben. Wir verurteilen die gewaltsame politische Machtergreifung und die Verfolgung gewählter Volksvertreter.

## **B. Parlamente auf der internationalen Bühne**

(14) Wir sind der Ansicht, dass die Welt mit größter Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft von Krisen heimgesucht wird, die mit enormen Herausforderungen für die herrschende Ordnung verbunden sein werden. Werden derartige Krisen allerdings demokratisch gemeistert, dann können sie Katalysator für grundlegende Veränderung und Erneuerung sein.

(15) Uns beunruhigt, dass das z. Z. nicht überall zutrifft. Es gibt weiterhin ein Demokratiedefizit. Viele würden behaupten, dass es weiter zunimmt. Diejenigen, die in nationalen oder internationalen Angelegenheiten noch nie Gehör fanden, bleiben ausgegrenzt oder ganz und gar ausgeschlossen.

(16) Während sich die von einer Finanzkrise eingeleiteten Erschütterungen der jüngeren Vergangenheit abschwächen, leiden Millionen von Menschen immer noch unter ihren Nachwirkungen. Unzählige Menschen, vor allem in den Entwicklungsländern, sehen sich nun in ihrem Kampf um das tägliche Überleben vor noch größere Herausforderungen gestellt. Das Leiden setzt sich fort und bleibt, wenn nichts unternommen wird, weitgehend unbeachtet oder wird nicht wahrgenommen. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass die wachsende Kluft zwischen denen, die sich ein angenehmes Leben leisten können, und denen, die absolut mittellos sind, u. a. nur dadurch verringert werden kann, dass multilaterale Gremien demokratischer und repräsentativer gestaltet und auf internationaler Ebene bessere Möglichkeiten für Mitbestimmung geschaffen werden.

(17) Die Zeit ist reif dafür, auf kreative Weise neue Wege einzuschlagen. In den multilateralen Systemen von heute sollten die Gedanken, Gefühle und Hoffnungen der Menschen in aller Welt, denen bisher kein Gehör geschenkt wird, in viel größerem Maße Berücksichtigung finden.

(18) Aus diesem Grund bekräftigen wir erneut unsere Forderung nach breiterer parlamentarischer Mitwirkung im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und verweisen auf die auf unseren bisherigen zwei Konferenzen unterbreiteten Vorschläge. Wir betonen, dass unsere Parlamente in internationalen Fragen eine aktivere Rolle spielen müssen, indem sie einen Beitrag zu internationalen Verhandlungen leisten und diese beobachten, die Umsetzung der von Regierungen getroffenen Vereinbarungen kontrollieren und allgemein gewährleisten, dass internationale Normen und rechtsstaatliche Prinzipien auf nationaler Ebene eingehalten werden.

(19) Politischer Wille und gesellschaftliche Unterstützung können nur entwickelt, nationale Eigenverantwortung kann nur garantiert und internationale Vereinbarungen können nur wirksam umgesetzt werden, wenn Parlamente und ihre Mitglieder gut informiert sind und sich sowohl auf nationaler wie auch internationaler Ebene im gesamten Beratungs- und Verhandlungsprozess aktiv einbringen. Wir verpflichten uns, unsere Kompetenz für diese Aufgabe, unbeschadet der Gewaltenteilung, unvoreingenommen zu stärken und appellieren an unsere Regierungen, unsere Bemühungen in diese Richtung zu unterstützen. Wann immer es möglich ist, wollen wir dafür sorgen, dass Parlamentarier als Mitglieder nationaler Delegationen an wichtigen Konferenzen der Vereinten Nationen und multilateralen Verhandlungsforen teilnehmen.

(20) Unsere Mitwirkung im Bereich der internationalen Zusammenarbeit muss einen festen Platz in der täglichen Arbeit unserer Parlamente haben, die in hohem Maße darin besteht, für Rechenschaftspflicht zu sorgen. Deshalb ist es unverzichtbar, dass unsere Parlamente bei der Kontrolle der Umsetzung von Regierungsprogrammen zur Bewältigung der großen Herausforderungen wie z. B. Armut, Wasserknappheit, Klimawandel oder Nahrungsmittel- und Energieversorgung eine wichtige Rolle spielen.

(21) Wir sind uns der wachsenden Bedeutung regionaler und subregionaler Parlamente und des Beitrags bewusst, den diese zu internationaler Zusammenarbeit leisten. Wir wiederholen unsere früheren Appelle an die IPU, die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen mit dem Ziel zu vertiefen, den Zusammenhalt zu festigen und die globale und interregionale Kooperation zwischen den Parlamenten effektiver zu gestalten.

### **C. Die Vereinten Nationen**

(22) Die Vereinten Nationen sind die internationale Organisation souveräner Staaten mit dem umfassendsten, repräsentativsten und autoritativsten Charakter und aus den internationalen Angelegenheiten nicht wegzudenken. Wir sichern der Organisation unsere Unterstützung zu und werden unsere Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen weiter ausbauen.

(23) Wir nehmen die bisher von den Vereinten Nationen durchgeführten Reformen zur Kenntnis. Es wurden neue Gremien geschaffen, die ihre Berechtigung zunehmend unter Beweis stellen, und es wurde daran gearbeitet, einen logischeren Zusammenhang zwischen einzelnen Einsätzen auf Länderebene herzustellen. Es sind jedoch weitere, auf eine demokratischere und repräsentativere Gestaltung abzielende Reformen notwendig, um ihre Legitimität zu untermauern und ihre Effektivität zu verbessern. Wir unterstützen derartige Bemühungen der Vereinten Nationen, insbesondere ihre Anstrengungen zur Wiederbelebung der Generalversammlung der Vereinten Nationen und hinsichtlich einer Reform des Sicherheitsrats, um den heutigen Realitäten Rechnung zu tragen. Darüber hinaus vertreten wir die Auffassung, dass die Mitgliedstaaten mehr in Entwicklung, weltweiten Frieden und globale Sicherheit, Menschenrechte sowie die Einbeziehung von Fragen der Gleichstellung der Geschlechter in alle VN-Programme und –Aktivitäten investieren müssen.

(24) Wir unterstützen die unermüdlichen Anstrengungen der Vereinten Nationen zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in der Welt. Wir begrüßen, dass der Fokus wieder auf vorbeugende Diplomatie und friedenskonsolidierende Maßnahmen gerichtet ist und sind auch weiterhin der festen Überzeugung, dass demokratische, starke und effektive Parlamente für dauerhaften Frieden unerlässlich sind. Wir sprechen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen unsere Anerkennung für seinen Fünf-Punkte-Plan zur nuklearen Abrüstung aus und versichern, eigene Anstrengungen zur Schaffung einer Welt ohne Nuklearwaffen zu unternehmen.

(25) Wir begrüßen, dass die Vereinten Nationen die Entwicklungsvorhaben der Menschheit in den Millenniums-Entwicklungszielen festgeschrieben haben. Wir befürworten diese Ziele und die 21 Teilziele, die zu ihrer Verwirklichung führen sollen. Viel ist bereits unternommen worden, um diese Ziele zu erreichen; sollten sich gegenwärtige Trends allerdings fortsetzen, kann es sein, dass erschreckend viele dieser Ziele nicht erreicht werden. Die Regierungen, und insbesondere die in den Industrieländern, müssen die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen zur Finanzierung dieser Ziele unabhängig von den von der Finanz- und Wirtschaftskrise verursachten Schwierigkeiten einhalten.

(26) Auf diesem Gebiet, wie auf vielen anderen auch, können wir zweifellos alle von engeren und dynamischeren Beziehungen zwischen den Parlamenten und den Vereinten Nationen profitieren. Die Millenniums-Entwicklungsziele können nicht erreicht werden, wenn die Anstrengungen für ihre Verwirklichung nicht mit einem starken Bewusstsein für Rechenschaftspflicht einhergehen. Demokratie, Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte und Gleichstellung der Geschlechter sind untrennbar miteinander verbunden. Unsere Parlamente können in größerem Maße dazu beitragen, dass die Entwicklungsziele in unserer täglichen Arbeit stärkere Beachtung und in nationalen Programmen und Gesetzen ihren Niederschlag finden. Ebenso rufen wir unsere Parlamente auf, bei der Behandlung von Haushalts- und Gesetzentwürfen zu prüfen, welche Folgen für die Verwirklichung der Entwicklungsziele damit verbunden sein könnten. Wir versichern, dass wir diese Bemühungen unterstützen, Fortschritte genau beobachten und unseren Teil dazu beitragen werden, dass die Ziele bis zum Jahr 2015 erreicht werden.

(27) Wir erkennen an, dass von den Vereinten Nationen bereits viel erreicht wurde. Wenn wir auf unseren ersten Gipfel im Jahr 2000 zurückblicken, stellen wir fest, dass es in den vergangenen zehn Jahre ermutigende Fortschritte gegeben hat. Für unsere Parlamente hat es sich positiv ausgewirkt, dass innerhalb der Vereinten Nationen das Bewusstsein dafür wächst, dass wir als diejenigen, die die legislativen Grundlagen für Entwicklung schaffen und das für Entwicklung unabdingbare Prinzip der Rechtsstaatlichkeit stärken, eine entscheidende Rolle spielen. Die Ergebnisse der letzten Gipfeltreffen, insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, haben das bestätigt. Die Vereinten Nationen beginnen jetzt, wo sie an den Wiederaufbau in von Konflikten zerstörten Staaten herangehen, auch zu erkennen, dass es notwendig ist, schwachen Parlamenten Unterstützung zu gewähren. Die Vereinten Nationen zeigen sich neuerdings auch daran interessiert, Parlamente über ihr Programm und ihre Tätigkeit ausführlich zu informieren.

(28) Dessen ungeachtet bleibt immer noch viel zu tun, und wir rechnen fest damit, dass die Interparlamentarische Union uns dabei unterstützt, die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und unseren Parlamenten intensiver und effektiver zu gestalten.

#### **D. Die Interparlamentarische Union**

(29) Wir sind stolz auf die IPU und das, was von ihr in den vergangenen drei Jahrhunderten erreicht wurde. Unsere Vorgänger, die die Organisation vor mehr als 120 Jahren gründeten, und deren Nachfolger haben dazu beigetragen, eine solide Grundlage für internationale politische Zusammenarbeit und Multilateralismus zu schaffen.

(30) Heute ist die IPU die weltweite Organisation der Parlamente. Sie fördert die politische Debatte, den Dialog und die Zusammenarbeit in und zwischen den Parlamenten. Sie unterstützt und verteidigt die Demokratie. Sie entwickelt Standards, sorgt für die Verbreitung bewährter Verfahren und leistet konkrete Hilfe beim Aufbau demokratischer Parlamente. Sie stärkt die Fähigkeit unserer Parlamente zur Förderung

von Frieden, Sicherheit und Entwicklung. Sie verteidigt die Menschenrechte der Parlamentsmitglieder und tritt für die Achtung der universellen Menschenrechtsnormen und –prinzipien ein. Sie unterstützt die Gleichstellung der Geschlechter und die Beteiligung von Frauen am politischen und öffentlichen Leben. Sie hilft unseren Parlamenten, einer wachsenden Zahl internationaler Aufgaben gerecht zu werden und die Arbeit der Vereinten Nationen um eine parlamentarische Dimension zu erweitern.

(31) Wir fordern die IPU auf, ihre auf die Unterstützung unserer Parlamente gerichteten Programme auszubauen und zu rationalisieren und Projekte zu fördern, die die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten erleichtern. In Bezug auf Parlamente und Demokratie betrachten wir die Organisation als Exzellenzzentrum und wünschen uns, dass die IPU diese Arbeit weiter ausbaut. Darüber hinaus kann die IPU unseren Parlamenten größere Unterstützung bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele sowie der Bewältigung der drängendsten globalen Aufgaben der Gegenwart zukommen lassen.

(32) Wir bekräftigen, dass die IPU das am besten geeignete internationale Gremium für den Ausbau der Beziehungen zwischen den Parlamenten und den Vereinten Nationen ist. Seit Verleihung des Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen im Jahr 2002 ist die IPU dieser Rolle zunehmend gerecht geworden. Wir fordern die IPU und die Vereinten Nationen auf, ihre Kooperation auszuweiten und auf eine festere Grundlage zu stellen.

(33) In Übereinstimmung mit den von den zwei vorangegangenen Weltkonferenzen der Parlamentspräsidenten ausgesprochenen Empfehlungen, das Demokratiedefizit in den internationalen Beziehungen abzubauen, fordern wir die IPU außerdem auf, sich dafür einzusetzen, dass die Bretton Woods-Institutionen in stärkerem Maße rechenschaftspflichtig und transparent werden. Das kann die IPU dadurch erreichen, dass sie die direktere Interaktion zwischen den Parlamenten und den Bretton Woods-Institutionen fördert und dazu beiträgt, dass die Parlamente besser befähigt werden, ihr Mandat im Haushaltsverfahren sowie im Prozess der wirtschaftlichen Entscheidungsfindung im Allgemeinen auszuüben.

(34) Wir begrüßen die innerhalb der IPU ausgelöste Debatte zur Stärkung ihrer Tätigkeit, Erhöhung ihrer Effektivität und Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen ihr und den Vereinten Nationen sowie deren Institutionen.

(35) Am Ende unserer Beratungen sind wir vorsichtig optimistisch. Die Welt sieht sich einer Vielzahl von Krisen bisher ungekannten Ausmaßes gegenüber. Gleichwohl besteht eine bisher noch nie dagewesene Einigkeit darüber, dass wir diese Herausforderungen nur meistern können, wenn wir zusammenarbeiten und wenn wir, die wir mit dem Mandat zur Vertretung des Volkes ausgestattet sind, den in uns gesetzten Erwartungen entsprechen. Wir können und werden in unseren Parlamenten unseren Beitrag zur Sicherstellung einer globalen demokratischen Rechenschaftspflicht gegenüber dem Gemeinwohl der Menschheit leisten.